

3. Oktober 2018

## Europaparlament beschließt: Autos und Kleintransporter sollen 40 Prozent weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen Norbert Lins MdEP kritisiert Ergebnis als unrealistisch und überzogen

Straßburg. 40 Prozent weniger CO<sub>2</sub> sollen Autos und Kleintransporter (bis 3,5t) bis 2030 in Europa ausstoßen. Auf dieses Ziel hat sich heute das EU-Parlament geeinigt. Der Richtwert gilt für Neuzulassungen. Der Europaabgeordnete Norbert Lins kritisiert das Abstimmungsergebnis: „Das heutige Ergebnis geht zu weit. Minus 40 Prozent bis 2030 schießen übers Ziel hinaus und gehen an der Realität komplett vorbei.“

„Wir von der EVP hatten für 30 Prozent plädiert. Aber auch der von uns vorgeschlagene Kompromiss von 35 Prozent wäre immer noch ein ehrgeiziges, aber machbares Ziel gewesen. Damit hätten wir auch die Pariser Klimaziele erreichen können – und gleichzeitig den Wandel in der Automobilbranche hin zu emissionsarmen Fahrzeugen deutlich beschleunigt. Und das ohne den Fortbestand der Automobilindustrie in Europa und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu gefährden“, erklärt Norbert Lins, der dem Umweltausschuss angehört.

„Durch die heutige Abstimmung werden weder technologieneutrale und ganzheitliche Lösungen gefördert, noch wird auf die Risiken Acht gegeben.“ Ein großes Risiko sieht der baden-württembergische Abgeordnete in der Gefährdung europäischer Standorte der Automobilindustrie und im Verlust von Arbeitsplätzen.

„Die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen muss die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie erhalten und technologieneutral sein“, so Lins abschließend.

Hintergrund:

Das Europäische Parlament hat den Vorschlag der EU-Kommission, den durchschnittlichen Flottenausstoß bis 2030 um 30 Prozent gegenüber dem Limit für 2020 (95 Gramm/Kilometer) zu senken, verschärft. Ein Reduktionsziel von 40 Prozent wurden heute in erster Lesung durch das Parlament festgezurr. Die Mitgliedsstaaten werden sich vermutlich im Umweltrat am 9. Oktober positionieren, sodass dann die Trilogverhandlungen starten können. Ein Abschluss des Dossiers ist noch in dieser Legislaturperiode geplant.

Für weitere Informationen:

**Büro Norbert Lins MdEP: +32-228-47819**